

---

**Kaufmann/Kauffrau EFZ der Ausbildungs- und Prüfungsbranche Öffentliche Verwaltung**

**Berufspraxis schriftlich/zweiter Teil/LZ üK betriebsgruppenspezifisch  
für Praktikantinnen und Praktikanten HMS 3+1**

**Serie 2019/01**

**Name/Vorname  
des Kandidaten/  
der Kandidatin**

---

**Kandidatennummer**

---

**Prüfungskreis**

---

**Ausbildungsbetrieb**

---



---

**Visa der Experten zu den korrigierten Fragen:**

10	11	Erreichte Punkte (Total von 30 %)
/16	/14	

**Unterschrift Expertin/Experte 1**

---

**Unterschrift Expertin/Experte 2**

---

**Aufgabe 10**

Punkte

Leistungsziele	1.1.3.3 1.1.3.3.3	Rechtliche Grundlagen aufzeigen Grundlagen Verwaltungsakte	16 Punkte
----------------	----------------------	---	-----------

**Ausgangslage**

Ihre Kollegin hat die Berufsmaturitätsprüfung absolviert. Anscheinend ist bei der Prüfung nicht alles rund gelaufen. Ihre Kollegin hat gestern, am 4. Juni 2019, Bescheid erhalten, die Prüfung nicht bestanden zu haben. Die Noten: Mathematik 3.0/Französisch 3.5/Deutsch 3.5. Ihre Kollegin ist total aus dem Häuschen und kann es kaum fassen, da sie vor allem in den Sprachen Französisch und Deutsch sehr stark ist und gute Zeugnisnoten hat. Sie meint, da müsse ein Korrekturfehler vorliegen und bittet Sie um Rat, wie sie vorgehen soll. Sie zeigt Ihnen folgende Unterlagen:

**§ 3 Prüfungskommission**

Die Prüfungskommission Berufsmaturität (BM) entscheidet auf Antrag der Schulleitung und der BM-Lehrkräfte über das Bestehen der Berufsmaturitätsprüfung.

**§ 12 Bestehen der Berufsmaturität**

Die Berufsmaturität gilt als bestanden, wenn

- Die Gesamtnote gemäss § 10 mindestens 4,0 beträgt;
- höchstens zwei Fachnoten unter 4,0 liegen;
- die Summe der Abweichungen der Fachnoten von 4,0 nach unten nicht mehr als insgesamt 2,0 Noteneinheiten beträgt.

**§ 16 Einspracherecht** (§ 46 Gesetz über Berufsbildung und Mittelschulen: Rechtsmittel)

<sup>1</sup>Gegen Prüfungsentscheide kann innert 10 Tagen beim erlassenden Organ eine begründete Einsprache erhoben werden.

<sup>2</sup>Gegen den Einspracheentscheid kann beim Departement für Bildung und Kultur Rekurs erhoben werden.

<sup>3</sup>Im Übrigen gilt das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege.

Die Aufgabe besteht aus 3 Teilen (a. bis c.). Sie können maximal 16 Punkte erreichen.

---

 Erreichte  
Punktzahl

**Aufgabe****Punkte**

- a. Sie erklären Ihrer Kollegin, wozu ein Rechtsmittel grundsätzlich dient. Für eine korrekte Antwort erhalten Sie 2 Punkte.

**2**

- b. Sie zeigen Ihrer Kollegin auf, wie eine Verfügung/ein Entscheid inhaltlich aufgebaut wird. Für eine vollständige Antwort erhalten Sie 6 Punkte.

**6****T 8****Erreichte  
Punktzahl**

- c. Sie verfassen für Ihre Kollegin die Einsprache. Achten Sie dabei auf die **Frist** (Datum) (2 Punkte), den **Adressaten** (2 Punkte), die korrekte **Begründung** (2 Punkte) und die verständliche **Formulierung** (1 Punkt) sowie eine korrekte **Darstellung** (1 Punkt). Für eine korrekte und sinnvolle Lösung erhalten Sie total 8 Punkte.

Punkte

8

T 8

Erreichte  
Punktzahl

**Aufgabe 11**

Punkte

<b>Leistungsziel</b>	<b>1.1.4.1.1</b>	<b>Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit für die Öffentliche Verwaltung</b>	<b>14 Punkte</b>
----------------------	------------------	---	------------------

**Ausgangslage**

Sie arbeiten als Stellvertreter/Stellvertreterin des Gemeindeschreibers in der Gemeindeverwaltung Musterhausen. Musterhausen ist ein regionales Zentrum mit rund 5000 Einwohner/innen. Da die Gemeinde mittelfristig finanziell unter Druck gerät, hat die Exekutivbehörde an ihrer letzten Sitzung über mögliche Sparmassnahmen diskutiert. Beschlossen hat sie allerdings nichts, da der Handlungsbedarf noch nicht akut ist und zuerst weitere Abklärungen vorgenommen werden sollen. Auf unbekannten Wegen erfährt die Lokalpresse, dass die Behörde über Sparmassnahmen diskutiert hat und zeichnet in der heutigen Ausgabe ein völlig übertriebenes Bild von drastischen Veränderungen und Einschnitten für die Bevölkerung. Die Bevölkerung, das Gewerbe und auch die Mitarbeitenden der Gemeinde reagieren empört auf den Artikel und sind nun verunsichert.

Da der Gemeindeschreiber unerreichbar in den Ferien weilt, sind Sie als Stellvertreterin/Stellvertreter die zuständige Ansprechperson bezüglich Öffentlichkeitsarbeit. Die Gemeindepräsidentin bespricht mit Ihnen die Problemstellung. Zwar ist es unschön, dass die unverbindliche Diskussion der Behörde auf diese Weise an die Öffentlichkeit gelangt, dennoch überlegt die Gemeindepräsidentin mit Ihnen, ob nicht auch Selbstkritik bezüglich Öffentlichkeitsarbeit angebracht ist.

Die Aufgabe besteht aus 3 Teilen (a. bis c.). Sie können maximal 14 Punkte erreichen.

**Aufgabe**

- a. Für die Zukunft möchte die Gemeinde Ziele für die Öffentlichkeitsarbeit definieren. Umschreiben Sie 4 wesentliche Ziele der Öffentlichkeitsarbeit. Je geeignetes Ziel erhalten Sie ½ Punkt, total 2 Punkte.

<b>Ziel 1</b>		½
<b>Ziel 2</b>		½
<b>Ziel 3</b>		½
<b>Ziel 4</b>		½

**T 2**Erreichte  
Punktzahl

- b. Sie und die Gemeindepräsidentin kommen zur Einsicht, dass die Behörde aktiver über ihre Diskussion von Sparvorschlägen hätte informieren sollen, um einen derartigen Artikel in den Medien zu verhindern. Stellen Sie 2 mögliche (unterschiedliche) Massnahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf, die die Exekutivbehörde direkt nach ihrer Sitzung hätte ergreifen können und beschreiben Sie deren angestrebten Nutzen. Je sinnvoller Massnahme erhalten Sie 1 Punkt und je geeigneter Beschreibung des Nutzens 1 Punkt, total 4 Punkte.

Massnahme	Angestrebter Nutzen

Punkte

1

1

1

1

- c. Da der Schaden aufgrund der Berichterstattung in den Medien schon angerichtet ist, gilt es nun, Schadensbegrenzung zu betreiben und nach vorne zu schauen. Was könnte die Gemeinde für Massnahmen der Öffentlichkeitsarbeit ergreifen, um die Situation nach der Medienberichterstattung zu verbessern? Schlagen Sie 2 Massnahmen der Öffentlichkeitsarbeit vor (andere als bei Aufgabe b.) und definieren Sie je 3 wichtige Vorgehensschritte für die Umsetzung der Massnahmen. Je geeignete Massnahme der Öffentlichkeitsarbeit erhalten Sie 1 Punkt und für je eine geeignete Vorgehensplanung erhalten Sie 3 Punkte, total 8 Punkte.

Massnahme 1	
Vorgehen	

1

3

T 8

Erreichte  
Punktzahl

<b>Massnahme 2</b>		<b>Punkte</b> <b>1</b>
<b>Vorgehen</b>		<b>3</b>
		<b>T 4</b>
		<b>Erreichte Punktzahl</b>

---

Kaufmann/Kauffrau EFZ der Ausbildungs- und Prüfungsbranche Öffentliche Verwaltung

Berufspraxis schriftlich/zweiter Teil/LZ üK betriebsgruppenspezifisch  
für Praktikantinnen und Praktikanten HMS 3+1

Serie 2019/01

Name/Vorname  
des Kandidaten/  
der Kandidatin

Kandidatennummer

Prüfungskreis

Ausbildungsbetrieb

LÖSUNG  
VERTRAULICH

Visa der Experten zu den korrigierten Fragen:

10	11	Erreichte Punkte (Total von 30 %)
/16	/14	

Unterschrift Expertin/Experte 1

---

Unterschrift Expertin/Experte 2

---



**Aufgabe 10**

Punkte

Leistungsziele	1.1.3.3 1.1.3.3.3	Rechtliche Grundlagen aufzeigen Grundlagen Verwaltungsakte	16 Punkte
----------------	----------------------	---	-----------

**Ausgangslage**

Ihre Kollegin hat die Berufsmaturitätsprüfung absolviert. Anscheinend ist bei der Prüfung nicht alles rund gelaufen. Ihre Kollegin hat gestern, am 4. Juni 2019, Bescheid erhalten, die Prüfung nicht bestanden zu haben. Die Noten: Mathematik 3.0/Französisch 3.5/Deutsch 3.5. Ihre Kollegin ist total aus dem Häuschen und kann es kaum fassen, da sie vor allem in den Sprachen Französisch und Deutsch sehr stark ist und gute Zeugnisnoten hat. Sie meint, da müsse ein Korrekturfehler vorliegen und bittet Sie um Rat, wie sie vorgehen soll. Sie zeigt Ihnen folgende Unterlagen:

**§ 3 Prüfungskommission**

Die Prüfungskommission Berufsmaturität (BM) entscheidet auf Antrag der Schulleitung und der BM-Lehrkräfte über das Bestehen der Berufsmaturitätsprüfung.

**§ 12 Bestehen der Berufsmaturität**

Die Berufsmaturität gilt als bestanden, wenn

- Die Gesamtnote gemäss § 10 mindestens 4,0 beträgt;
- höchstens zwei Fachnoten unter 4,0 liegen;
- die Summe der Abweichungen der Fachnoten von 4,0 nach unten nicht mehr als insgesamt 2,0 Noteneinheiten beträgt.

**§ 16 Einspracherecht** (§ 46 Gesetz über Berufsbildung und Mittelschulen: Rechtsmittel)

<sup>1</sup>Gegen Prüfungsentscheide kann innert 10 Tagen beim erlassenden Organ eine begründete Einsprache erhoben werden.

<sup>2</sup>Gegen den Einspracheentscheid kann beim Departement für Bildung und Kultur Rekurs erhoben werden.

<sup>3</sup>Im Übrigen gilt das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege.

Die Aufgabe besteht aus 3 Teilen (a. bis c.). Sie können maximal 16 Punkte erreichen.

---

 Erreichte  
Punktzahl

**Aufgabe**

- a. Sie erklären Ihrer Kollegin, wozu ein Rechtsmittel grundsätzlich dient. Für eine korrekte Antwort erhalten Sie 2 Punkte.

Mit Rechtsmitteln können **Verfügungen** und/oder **Entscheide** der **Behörden angefochten** werden.

Punkte

2

- b. Sie zeigen Ihrer Kollegin auf, wie eine Verfügung/ein Entscheid inhaltlich aufgebaut wird. Für eine vollständige Antwort erhalten Sie 6 Punkte.

- Angabe der wesentlichen **Tatsachen (Sachverhalt)** und **Rechtssätze (Rechtsgrundlage)**, auf die sich der Entscheid stützt.
- **Erkenntnis/Dispositiv**: Rechtsspruch der Behörde, die **eigentliche Entscheidung** – d.h. welche Rechte oder Pflichten dem Betroffenen auferlegt werden.
- **Kostenregelung**: Gebühren oder andere Kosten, welche dem Betroffenen auferlegt werden.
- **Rechtsmittelbelehrung** mit Angaben an welche Instanz, innerhalb welcher Frist.
- **Adressaten**: Betroffene und allenfalls deren Vertreter andere Behörden oder Amtsstellen
- **Daten und Unterschrift**: Tag, an dem die Behörde entschieden hat; mit Unterschrift der entscheidungsberechtigten Person; Datum für den Versand ist wichtig für Fristberechnung beim Rechtsmittel

6

T 8

Erreichte  
Punktzahl

- c. Sie verfassen für Ihre Kollegin die Einsprache. Achten Sie dabei auf die **Frist** (Datum) (2 Punkte), den **Adressaten** (2 Punkte), die korrekte **Begründung** (2 Punkte) und die verständliche **Formulierung** (1 Punkt) sowie eine korrekte **Darstellung** (1 Punkt). Für eine korrekte und sinnvolle Lösung erhalten Sie total 8 Punkte.

Punkte

8

Absender

Musterhofen, 05.06.2019

Prüfungskommission Berufsmaturität (BM)  
Musterstrasse  
0000 Musterhausen

**Einsprache Prüfungsergebnis Berufsmaturität**

Sehr geehrte Damen und Herren

Gestern, am 4. Juni 2019 habe ich den Entscheid erhalten, ich hätte die Prüfung nicht bestanden.....

**Korrekturhinweis**

*Frist: Datum der Einsprache zwischen dem 4. Juni und dem 14. Juni 2019 = 2 Punkte*

*Adressat: Prüfungskommission BM = 2 Punkte*

*Begründung: geht davon aus, dass es sich um einen Korrekturfehler oder einen Fehler beim Zusammenzählen der Punkte handelt, kann es sich kaum vorstellen, da immer gute*

*Semesterzeugnisse = 2 Punkte*

*Verständliche Formulierung: 1 Punkt (Ermessen der Experten)*

*korrekte Darstellung: 1 Punkt*

T 8

Erreichte  
Punktzahl

**Aufgabe 11**

Punkte

<b>Leistungsziel</b>	<b>1.1.4.1.1</b>	<b>Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit für die Öffentliche Verwaltung</b>	<b>14 Punkte</b>
----------------------	------------------	---	------------------

**Ausgangslage**

Sie arbeiten als Stellvertreter/Stellvertreterin des Gemeindeschreibers in der Gemeindeverwaltung Musterhausen. Musterhausen ist ein regionales Zentrum mit rund 5000 Einwohner/innen. Da die Gemeinde mittelfristig finanziell unter Druck gerät, hat die Exekutivbehörde an ihrer letzten Sitzung über mögliche Sparmassnahmen diskutiert. Beschlossen hat sie allerdings nichts, da der Handlungsbedarf noch nicht akut ist und zuerst weitere Abklärungen vorgenommen werden sollen. Auf unbekannten Wegen erfährt die Lokalpresse, dass die Behörde über Sparmassnahmen diskutiert hat und zeichnet in der heutigen Ausgabe ein völlig übertriebenes Bild von drastischen Veränderungen und Einschnitten für die Bevölkerung. Die Bevölkerung, das Gewerbe und auch die Mitarbeitenden der Gemeinde reagieren empört auf den Artikel und sind nun verunsichert.

Da der Gemeindeschreiber unerreichbar in den Ferien weilt, sind Sie als Stellvertreterin/Stellvertreter die zuständige Ansprechperson bezüglich Öffentlichkeitsarbeit. Die Gemeindepräsidentin bespricht mit Ihnen die Problemstellung. Zwar ist es unschön, dass die unverbindliche Diskussion der Behörde auf diese Weise an die Öffentlichkeit gelangt, dennoch überlegt die Gemeindepräsidentin mit Ihnen, ob nicht auch Selbstkritik bezüglich Öffentlichkeitsarbeit angebracht ist.

Die Aufgabe besteht aus 3 Teilen (a. bis c.). Sie können maximal 14 Punkte erreichen.

**Aufgabe**

- a. Für die Zukunft möchte die Gemeinde Ziele für die Öffentlichkeitsarbeit definieren. Umschreiben Sie 4 wesentliche Ziele der Öffentlichkeitsarbeit. Je geeignetes Ziel erhalten Sie ½ Punkt, total 2 Punkte.

<b>Ziel 1</b>	<i>Aufbau und Pflege von Vertrauen</i>	½
<b>Ziel 2</b>	<i>Verbesserung von Akzeptanz und Glaubwürdigkeit</i>	½
<b>Ziel 3</b>	<i>Schaffung einer positiven Grundhaltung in der Öffentlichkeit</i>	½
<b>Ziel 4</b>	<i>Sachliche, verständliche und überprüfbare Information</i>	½

**Korrekturhinweis**

Weitere/andere Lösungen möglich.

**T 2**

Erreichte  
Punktzahl

- b. Sie und die Gemeindepräsidentin kommen zur Einsicht, dass die Behörde aktiver über ihre Diskussion von Sparvorschlägen hätte informieren sollen, um einen derartigen Artikel in den Medien zu verhindern. Stellen Sie 2 mögliche (unterschiedliche) Massnahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf, die die Exekutivbehörde direkt nach ihrer Sitzung hätte ergreifen können und beschreiben Sie deren angestrebten Nutzen. Je sinnvoller Massnahme erhalten Sie 1 Punkt und je geeigneter Beschreibung des Nutzens 1 Punkt, total 4 Punkte.

Punkte

Massnahme	Angestrebter Nutzen	
Pressemitteilung erstellen und versenden	Transparente Information über Faktenlage und geplantes Vorgehen	1
Informationssitzung für Gemeindepersonal	Keine unnötigen Ängste aufbauen und Vertrauensverlust vermeiden	1

**Korrekturhinweis**

Weitere sinnvolle Lösungen möglich. Die zwei Lösungsvorschläge müssen zwei unterschiedliche Massnahmen und Nutzen beschreiben.

- c. Da der Schaden aufgrund der Berichterstattung in den Medien schon angerichtet ist, gilt es nun, Schadensbegrenzung zu betreiben und nach vorne zu schauen. Was könnte die Gemeinde für Massnahmen der Öffentlichkeitsarbeit ergreifen, um die Situation nach der Medienberichterstattung zu verbessern? Schlagen Sie 2 Massnahmen der Öffentlichkeitsarbeit vor (andere als bei Aufgabe b.) und definieren Sie je 3 wichtige Vorgehensschritte für die Umsetzung der Massnahmen. Je geeignete Massnahme der Öffentlichkeitsarbeit erhalten Sie 1 Punkt und für je eine geeignete Vorgehensplanung erhalten Sie 3 Punkte, total 8 Punkte.

Massnahme 1	Informationsanlass zur finanziellen Situation der Gemeinde durchführen	1
Vorgehen	<p>Behörde erarbeitet mit Unterstützung der Verwaltung ein Konzept und eine Ausschreibung für einen Informationsanlass</p> <p>Verwaltung kündigt Anlass auf verschiedenen Kanälen an (Website, Zeitungen, Plakate, Versand an Haushalte)</p> <p>Anlass inhaltlich und organisatorisch vorbereiten (Fakten klären, Referate erstellen, Gäste/Expertinnen und Experten einladen usw.)</p> <p>Anlass durchführen, auswerten und weitere Massnahmen prüfen</p> <p>Auf verschiedenen Kanälen über Resultate und Inhalte des Anlasses informieren</p>	3

T 8

Erreichte  
Punktzahl

<b>Massnahme 2</b>	<i>Online-Sorgenbox zum Thema einrichten</i>	<b>Punkte</b> <b>1</b>
<b>Vorgehen</b>	<i>Verwaltung richtet auf der Website der Gemeinde eine Sorgenbox ein, in der alle möglichen Anspruchsgruppen ihre Fragen und Anliegen zum Thema Sparrunde deponieren können</i>  <i>Gemeindeschreiber erhält die Eingaben und bereitet eine Antwort vor</i>  <i>Überprüfung der Antwort durch Gemeindepräsidentin oder Finanzverwaltung</i>  <i>Versand der Antwort durch Gemeindeschreiber</i>	<b>3</b>
<b>Korrekturhinweis</b> <i>Je 1 Punkt für eine geeignete Massnahme und je 1 Punkt für ein sinnvolles Vorgehen.</i>		
		<b>T 4</b>
		<b>Erreichte Punktzahl</b>